



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

im Hause

Berlin, 06. März 2023

Pflegepolitik der Bundesregierung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Situation der Pflege in Deutschland ist äußerst ernst. Sie alle erhalten dazu sicherlich zahlreiche Zuschriften der Betroffenen aus Ihren Wahlkreisen. Umso unverständlicher, dass die Ampel sich über ein Jahr Zeit gelassen hat, um überhaupt einen ersten Referentenentwurf zu diesem drängenden Thema auf den Weg zu bringen. Seit wenigen Tagen liegt der Entwurf des Gesetzes zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege (PUEG) vor. Dieser macht mehr als deutlich, dass die Pflege bei der Bundesregierung leider keine Priorität besitzt.

Um die prekäre finanzielle Situation der Pflegeversicherung zu stabilisieren, greift die Bundesregierung tief in die Tasche der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Diese kämpfen jedoch ohnehin schon mit den Auswirkungen der hohen Inflation. Ab dem 1. Juli 2023 soll der Beitragssatz um 0,35 Prozentpunkte erhöht werden. Damit ist die Sozialgarantie aus den Zeiten der Großen Koalition, mit der die Beiträge zur Sozialversicherung die 40 Prozent nicht überschritten, endgültig Geschichte. Diese Politik gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland und belastet überwiegend kleine- und mittlere Einkommen.

Für künftige eigenmächtige und kurzfristige Beitragserhöhungen will sich die Bundesregierung in dem Entwurf eine Verordnungsermächtigung schaffen. Damit würden die Rechte des Deutschen Bundestags bei der Ausgestaltung des Defizitabbaus und bei der Überbrückung von Liquiditätsengpässen in der Zukunft massiv beschnitten. Mehr noch: mit weiteren Taschenspielertricks und Luftbuchungen wird versucht, den finanziellen Druck von der Pflegeversicherung zu nehmen. Ein Milliardenanleihe, das sich die Bundesregierung im vergangenen Jahr als Zuschuss genehmigt hat, soll nun statt Ende 2023 erst fünf Jahre später beglichen werden. Die monatlichen Raten des Jahres 2023 an den Pflegevorsorgefonds sollen erst im kommenden Jahr an diesen gezahlt werden. In der Hoffnung auf eine bessere Einnahmesituation in der Zukunft klammert man sich offenbar an jede noch so windige Finanzierungs konstruktion.

Sepp Müller MdB
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Fraktion

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-70090
F 030. 227-76084

sepp.mueller@bundestag.de
www.cducusu.de

Tino Sorge MdB
Gesundheitspolitischer
Sprecher

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-77410
F 030. 227-76408

tino.sorge@bundestag.de
www.cducusu.de

Zugleich bleiben die angekündigten, dringend notwendigen Leistungsausweitungen wie die Erhöhung des Pflegegeldes oder die ambulanten Pflegesachleistungen sogar weit hinter den eigenen Ankündigungen der Ampel aus ihrem Koalitionsvertrag zurück.

Auch die Erhöhung der Leistungszuschläge zur Reduzierung der Eigenanteile für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen fällt so gering aus, dass kein nachhaltiger Entlastungseffekt eintreten dürfte. Für die langfristigen Leistungsdynamisierungen werden keine Lösungen vorgelegt, vielmehr wird auf ein Konzept verwiesen, welches die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode erst erarbeiten soll.

Wie beim GKV-Finanzstabilisierungsgesetz sollen jetzt auch in der Pflegeversicherung die Probleme nicht gelöst, sondern lediglich nach hinten verschoben werden. Die Pläne der Bundesregierung sind ambitionslos und ihre Finanzierung ist zudem unseriös. Die Ampel hat es insbesondere durch ihren internen Streit versäumt, seit Beginn der Legislaturperiode eine dringend nötige, grundlegende Reform der Pflegeversicherung anzugehen. Fragen nach der Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen durch die Pflegeversicherung oder auch die stärkere Förderung von eigener oder betrieblicher Vorsorge, da wo es möglich ist, sind bisher offenbar nicht einmal im Ansatz beraten worden.

Die unionsgeführten Bundesregierungen haben in den vergangenen beiden Legislaturperioden das Thema Pflege stets mit hoher Priorität behandelt. Wir haben etwa die größte Reform der Pflegeversicherung seit ihrer Einführung durchgeführt, einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff geschaffen, eine Tarifbezahlung für die Beschäftigten in den Pflegeeinrichtungen beschlossen und eine Dämpfung der Eigenanteile zum 1. Januar 2022 ins Gesetz geschrieben.

Die Herausforderungen für die zu Pflegenden, ihren Angehörigen aber auch für die Betreiber von Pflegediensten und stationären Einrichtungen sowie deren Beschäftigte sind gewachsen. Das, was die Bundesregierung jetzt als Entwurf vorgelegt hat, wird nicht ausreichen, um diese Herausforderungen auch nur im Ansatz zu bewältigen. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden das anstehende parlamentarische Verfahren entschieden nutzen, um unsere eigenen Vorstellungen zur Zukunft der Pflege zu skizzieren und zugleich weiter auf die Versäumnisse der Ampel aufmerksam zu machen.

Herzliche Grüße



Sepp Müller, MdB



Tino Sorge, MdB